

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.
 Redaktion: Hans – Georg Spangenberg

1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern

- **Im Ringen um eine Reform der Rabbinerausbildung am Standort Potsdam liegt jetzt ein Vorschlag für ein Stiftungsmodell vor.** Eine solche religionsgemeinschaftliche Stiftung könnte Trägerin der liberalen und der konservativ ausgerichteten Ausbildung sein, Stifter der Zentralrat der Juden in Deutschland. Die jeweiligen Ausbildungsstätten sollen religiöse Autonomie erhalten. Entsprechende Eckpunkte wurden am 2. März in Berlin veröffentlicht. Ziel sei, eine Abhängigkeit von Einzelpersonen zu vermeiden, für Transparenz zu sorgen sowie auch international Qualität und Reputation zu wahren. Der Jurist Gerhard Robbers hatte das Papier im Auftrag des Zentralrats verfasst. „Wir haben nun einen klaren Fahrplan“, betonte Präsident Josef Schuster. Die liberale und die konservative Rabbinerausbildung müssten „moralische und religiöse Glaubwürdigkeit“ zurückgewinnen, ergänzte er im „Tagesspiegel“. Es gebe zudem einen Bedarf an Rabbinern, der derzeit nicht komplett gedeckt werde. Hintergrund der seit Monaten laufenden Debatte um Reformen sind Anschuldigungen gegen Rabbiner Walter Homolka. Ihm wird Machtmissbrauch und anderes Fehlverhalten vorgeworfen, wogegen er gerichtlich vorgeht. Homolka ist Gründer und ehemaliger Rektor des Abraham-Geiger-Kollegs, das in Potsdam liberale Rabbinerinnen und Rabbiner sowie Kantorinnen und Kantoren ausbildet. Im Dezember hatte er sich von der Spitze des Kollegs zurückgezogen. Im Januar gab die Jüdische Gemeinde zu Berlin bekannt, dass sie die Trägerschaft sowohl für das Abraham-Geiger-Kolleg als auch für das Zacharias-Frankel-College mit der Ausbildung konservativer jüdischer Geistlicher von der Leo-Baeck-Foundation übernimmt. Die Einrichtungen sind An-Institute der Universität Potsdam. Diese geplante Übernahme hatte der Zentralrat kritisiert. Dieser ist mit dem Bundesinnenministerium, dem Brandenburger Forschungsministerium und der Kultusministerkonferenz Zuwendungsgeber. Schuster sagte nun, die Übernahme sei „in bester Absicht“ geschehen: „Die Förderung der Rabbinerausbildung in der vorliegenden Trägerstruktur ist für den Zentralrat jedoch nicht möglich.“ Im „Tagesspiegel“ betonte er, die Übernahme sei mit keinem der Zuwendungsgeber abgestimmt worden. In dem Robbers-Papier geht es auch darum, ob die beiden bestehenden Ausbildungsstätten in die vorgeschlagene Struktur übernommen werden: „Dies hätte Vorteile im Blick auf Kontinuität besonders für die Studierenden und der Nutzung bestehender Bekanntheit.“ Es könne jedoch auch zu Neugründungen kommen, die Aufgaben, Personal und Studierende übernehmen. Für „grundsätzliche Entscheidungen“ schlägt das Papier einen Stiftungsrat vor. In ihm könnten unterschiedliche Institutionen für eine „erforderliche breite Aufstellung innerhalb der Jüdischen Gemeinschaft“ und zusätzlich die Universität Potsdam vertreten sein. Damit solle eine ausschließliche Abhängigkeit vom Stiftungsvorstand verhindert werden. Eine Ombudsstelle könne darüber hinaus möglichen Beschwerden nachgehen. Die staatlichen Zuwendungsgeber erklärten auf Anfrage der KNA: „Es ist wichtig, dass die liberale und konservative Rabbinerausbildung in Potsdam fortgeführt wird und Rechtssicherheit für Studierende und Beschäftigte herrscht.“ Ein Trägermodell müsse durch die jüdische Gemeinschaft „abgesichert und akzeptiert“ sein. Das vorgelegte Konzept könne ein Schritt in die richtige Richtung sein. Die Jüdische Gemeinde zu Berlin dagegen kritisierte die Vorschläge, bei denen die Gemeinde nicht einbezogen worden sei. Sie zeigte sich überzeugt, dass die staatlichen Zuwendungsgeber „diesem unsäglichen Treiben ein baldiges Ende“ setzen würden. „Wodurch der Zentralrat seinen alleinigen Führungsanspruch bei der Rabbinerausbildung begründet sieht, ist nicht nachvollziehbar“, so der Vorsitzende Gideon Joffe. (kna öki 07.03.2023)
- **Das Landgericht Berlin hat dem Rabbiner Walter Homolka im Rechtsstreit mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland teilweise Recht gegeben.** Der Zentralrat darf die im Dezember präsentierten vorläufigen Ergebnisse eines Gutachtens („Executive Summary“) über mutmaßliches Fehlverhalten Homolkas in verschiedenen jüdischen Einrichtungen nur in Teilen weiterhin veröffentlichen, wie eine Gerichtssprecherin nach einem Urteil des Landgerichts Berlin erklärte. Zulässig seien lediglich Äußerungen, „die auf Fehlverhalten unterhalb der Schwelle des Strafrechts Bezug nehmen“, so die Sprecherin. Nicht mehr veröffentlichen darf der Zentralrat dagegen Äußerungen, die sich auf einen „mutmaßlichen Verdacht der Begehung von Straftaten, nämlich der Nötigung, versuchten Nötigung, Verleumdung,

Beleidigung und Vorteilsannahme“ beziehen. Das Landgericht gab damit einem Antrag von Homolkas Anwälten auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die Veröffentlichung der Beschuldigungen teilweise statt, wies den Antrag im Übrigen aber zurück. Nach der Bekanntgabe des Urteils betonte der Zentralrat, dass das Gericht von den 21 angegriffenen Formulierungen der Gutachter 14, die vor allem Machtmissbrauch betreffen, für zulässig halte. Damit sei Homolka „überwiegend mit seinem Versuch gescheitert, die Feststellungen der Gutachter verbieten zu lassen“. Homolkas Anwälte, die Kanzlei Behm Becker Geßner, werteten das Urteil dagegen als wichtigen Erfolg für ihren Mandanten. Sie hoben hervor, dass das Gericht „im Vergleich zu den schwerwiegenden Verdachtsäußerungen lediglich Äußerungen unterhalb des Strafrechts“ nicht untersagt habe. In dem Rechtsstreit geht es vor allem um Anschuldigungen, die Homolkas Leitung des von ihm gegründeten Potsdamer Abraham-Geiger-Kollegs betreffen, einer Ausbildungsstätte für liberale Rabbinerinnen und Rabbiner sowie Kantorinnen und Kantoren. Homolkas Rechtsvertreter, die Kanzlei Behm Becker Geßner, hatten erklärt, dass die Veröffentlichung der sogenannten Executive Summary Homolkas Persönlichkeitsrechte massiv verletzt habe. In der mündlichen Verhandlung hatte der Vorsitzende Richter Holger Thiel zunächst erklärt, nach vorläufiger Auffassung des Gerichts sei der Antrag Homolkas zurückzuweisen. Die vom Zentralrat mit dem Gutachten beauftragte Anwaltskanzlei Gercke Wollschläger habe den erforderlichen Sorgfaltspflichten entsprochen. So habe sie die aufgeführten Vorwürfe als vorläufige Meinungsäußerungen kenntlich gemacht. Auch die große Zahl von 73 Befragten, die Vorwürfe von mutmaßlichem Fehlverhalten bestätigt hätten, sei ein wichtiges Argument für die Veröffentlichung, auch wenn sie namentlich nicht genannt worden seien, so der Vorsitzende Richter. Der Rabbiner habe überdies hinreichend Gelegenheit erhalten, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. Vertreter der vom Zentralrat beauftragten Kanzlei Esche Schümann Commichau erklärten, es gebe inzwischen weitere Hinweisgeber mit teilweise eidesstattlichen Erklärungen. Dagegen kritisierten Homolkas Anwälte, dass die Veröffentlichung der Executive Summary strafrechtlich relevante Tatbestände wie Korruption aufliste. Weil die Hinweisgeber anonymisiert seien, sei der Wahrheitsgehalt nicht belegbar. Damit handle es sich um eine unzulässige Form der Verdachtsberichterstattung. Zudem habe die kurzfristig angekündigte Veröffentlichung im Dezember ihrem Mandanten keine Möglichkeit gegeben, auf die Anschuldigungen angemessen zu reagieren. Einen „Aktualitätsdruck“ zur Veröffentlichung habe es nicht gegeben, wie die Tatsache zeige, dass das gesamte Gutachten bis jetzt noch nicht publiziert sei. (AZ: 27 O 16/23) (kna öki 28.02.2023)

- **Der Historiker Michael Wolffsohn sieht die gesellschaftlichen Konflikte in Israel auch als Zeichen dafür, dass das alte, säkular geprägte Judentum in der Defensive ist.** Zu beobachten sei eine Theologisierung und Orientalisierung Israels, sagte Wolffsohn im Deutschlandfunk. Orthodoxe religiöse Juden und Juden orientalischer Herkunft hätten an Einfluss gewonnen. In der Folge gerate das lange vorherrschende System der Gewaltenteilung zwischen gesetzgebender und richterlicher Gewalt unter Druck. Wolffsohn sagte, die Regierungsmehrheit im israelischen Parlament bröckele durch Abweichler in der Likud-Partei. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu nehme durch die geplante Justizreform seine eigene Partei in Geiselhaft. Derzeit regiert der Likud gemeinsam mit rechtsextremen und ultraorthodoxen Parteien. Als Alternative sieht Wolffsohn eine mögliche säkulare Koalitionsmehrheit aus Likud und gemäßigeren Oppositionsparteien. Wolffsohn unterstrich, Konflikte zur Gewaltenteilung gehörten zur Geschichte der Demokratie. Seit Beginn liberaldemokratischer Systeme habe es Auseinandersetzungen um die Rolle der Gerichte gegeben. Da Demokratie häufig eine sehr emotionale Komponente habe, sei die richterliche Gewalt als Bremse und Korrektiv eingebaut worden. Weltweit gebe es derzeit eine gefährliche Entwicklung durch die Emotionalisierung von Demokratie, unterstrich der Historiker. Die Politik verlagere sich immer mehr auf die Straße: Als Beispiele nannte er den Sturm auf das Kapitol in den USA, die Proteste rund um den EU-Austritt Großbritanniens und die derzeitigen Demonstrationen gegen die Rentenreform in Frankreich. Die bestehenden Institutionen würden immer stärker in Frage gestellt. (kna öki 21.03.2023)
- **Der im Grundgesetz genutzte Begriff „Rasse“ sollte aus Sicht des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, unbedingt darin erhalten bleiben.** Der Begriff erinnere an die deutsche Geschichte, vor allem „an die Verfolgung und Ermordung von Millionen Menschen, in erster Linie Jüdinnen und Juden; an die Schrecken der Schoa“, schreibt Schuster in einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung. „Streichen wir diese Erinnerung aus unserer Verfassung, werden wir sie irgendwann auch aus unserem Gedächtnis streichen.“ Hintergrund von Schusters Äußerungen sind politische Bestrebungen, den in Artikel drei des Grundgesetzes genutzten Begriff „Rasse“ zu streichen. Wörtlich heißt

es im sogenannten Gleichheitsartikel: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Aus Sicht von Kritikern könne diese Formulierung etwa im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie von „Menschenrassen“ interpretiert werden. Schuster begrüßt im Namen des Zentralrats die Diskussion über den Begriff, sieht darin aber keinen Anknüpfungspunkt an die NS-Zeit. „Der Begriff wurde von den Verfassungsvätern vielmehr bewusst gewählt, um die Diskontinuität zur völkischen Ideologie der Nationalsozialisten zu untermauern“ so Schuster. Zwar sei es heute gesellschaftlicher Konsens, dass es keine Menschenrassen gebe, das sei aber in der Geschichte nicht immer so gewesen. Artikel drei schaffe „ein Bollwerk“ gegen die NS-Ideologie. Ein Verfassungstext müsse „klar und schnörkellos sein“, sei aber gleichzeitig „keine heilige Schrift“, sondern Identifikationspunkt für alle Menschen in Deutschland, betont Schuster. „Für mich ist die Verfassung mit der in ihr verankerten Religionsfreiheit und ihrer klaren Ausrichtung auf eine offene und freie Gesellschaft die Grundlage für jüdisches Leben in Deutschland überhaupt.“ (kna öki 14.03.2023)

- **Josef Schuster spricht unterm Sternenhimmel. Die Decke der alten Synagoge von Ichenhausen in Bayerisch-Schwaben zielt ein blaues Firmament mit leuchtenden Himmelskörpern.** Was Schuster sagt, passt zum Bild der Nacht – allerdings zu einer finstren. „Ich mache mir ernsthaft Sorgen um die Demokratie in Israel“, erklärt der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland. Denn in Israel laufe eine Justizreform, „die die Justiz letztlich aushöhlt“. Schuster betont: „Ich finde das völlig unverständlich, auch inakzeptabel.“ Schuster ist zu Gast in Ichenhausen, einem kleinen Ort zwischen Ulm und Augsburg – mit großer Geschichte: Ichenhausen beherbergte einst die größte jüdische Landgemeinde Bayerns. Um 1830 galt fast die Hälfte der Ichenhausener Bevölkerung als jüdisch, das entsprach rund 1.200 Menschen. An diese Geschichte erinnern seit September 2022 die „Ichenhausener Synagogengespräche für die Zukunft“. Diese Talkreihe angestoßen hat Rafael Seligmann, der die Gespräche nun moderiert, mit Klaus Wolf. Seligmann ist ein jüdischer Publizist aus Berlin mit familiären Wurzeln in Ichenhausen. Wolf arbeitet als Literaturprofessor an der Universität Augsburg und ist Vorsitzender der Stiftung zum Erhalt der einstigen Synagoge Ichenhausen. Ziel ist es den Initiatoren zufolge, „von jüdischen Werten ausgehend aktuelle Debatten mit Strahlkraft in die Gesellschaft zu tragen, nicht zuletzt angesichts eines immer lauter werdenden Antisemitismus“. Das Thema Judenfeindlichkeit ist an diesem Abend schmerzlich präsent. Auf den Tag genau 80 Jahre ist es her, dass die letzten zehn Ichenhausener Juden zum Bahnhof der Stadt geführt und in Vernichtungslager der Nazis transportiert wurden. „Es wird keine Zukunft ohne die Vergangenheit geben“, sagt Josef Schuster. Diese Vergangenheit habe leider nicht vor „plumpem Antisemitismus auf der Documenta“ geschützt. Sie schütze auch nicht vor der AfD, die offen judenfeindlich agiere. „Ich hoffe, dass die im Bundestag vertretenen Parteien die Brandmauer nach rechts halten. Besonders im Blick nach Ostdeutschland mache ich mir da manchmal Sorgen.“ Dann Einsatz Seligmann. Der Moderator fragt Schuster, warum denn wohl der Zentralrat der Juden einer Umfrage zufolge eine deutlich höhere Glaubwürdigkeit genieße als die beiden großen Kirchen. Die jüdische Seite, erwidert der Präsident, sei „Gott sei Dank nicht so in den Schlagzeilen“ gewesen, er denke an den Komplex Missbrauch. „Das ist bisher bei uns kein Thema.“ Gleichwohl lege er nicht für alle Rabbiner die Hand ins Feuer. Seligmann will wissen, wie die Glaubwürdigkeit des Zentralrats künftig gehalten oder noch gesteigert werden könne. „Wir sagen weiter das, was wir denken“, antwortet Schuster. „Ob’s bequem ist oder nicht. Wir zeigen weiter unser Unbehagen.“ Was man denn gegen Antisemitismus tun könne, hakt Seligmann nach. „Zivilcourage zeigen, auch in der Familie und unter Freunden, gerade da“, sagt Schuster. Warum denn in Deutschland vergleichsweise wenig Menschen als Gegen-Demo auf die Straße gingen, wenn Muslime hierzulande Kundgebungen voller Israel-Hass abhielten? „Ich glaube, das Thema Israel ist der deutlichen Mehrheit der deutschen Bevölkerung relativ egal.“ An dieser Stelle müsse er aber „selbstkritisch“ sein, fügt Schuster an. „Der Konflikt zwischen China und Taiwan würde mich wohl auch nicht zu einer Demonstration führen.“ Die Sterne an der Decke leuchten noch immer, als Seligmann und Schuster nach einer Stunde ihr Gespräch beenden. Und nach all den dunklen Themen spricht der Zentralratspräsident dann doch noch etwas Helles an: „Es gibt ein Wort, das mir Mut macht. Und dieses Wort heißt: Ichenhausen.“ Das Format, bei dem er gerade rede, so Schuster, zeige, dass man sich seiner Geschichte zukunftsgerichtet stellen könne. (kna öki 14.03.2023)
- **Mit seinem langen Bart ist der griechisch-orthodoxe Erzpriester Radu Constantin Miron von manchen Menschen schon für einen Rabbiner gehalten worden.** „Das ist mir erst

gerade vor einigen Tagen wieder passiert, dass man sogar antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare hören muss“, sagte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) im Podcast „Himmelklar“. Auch habe er schon Rassismus erlebt. Es sei wohl Teil der menschlichen Natur, das Fremde auszugrenzen. „Ich habe aber eine dicke Haut und lasse mich da eigentlich nicht so schnell aus der Ruhe bringen.“ (kna öki 04.04.2023)

- **Die Bundesregierung erhöht ihre jährlichen Leistungen an den Zentralrat der Juden in Deutschland – einen entsprechenden Änderungsvertrag unterzeichneten Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), der Präsident des Zentralrats, Josef Schuster, sowie dessen Vizepräsident Mark Dainow am 25. April.** Der Zentralrat erhält nun jährlich 22 Millionen Euro statt bisher 13 Millionen Euro. Die Erhöhung war bereits im vergangenen Herbst bekannt geworden. Faeser erklärte, es sei ein Wunder und ein großes Glück, dass es nach dem von Deutschen begangenen Menschheitsverbrechen des Holocaust wieder so vielfältiges jüdisches Leben in Deutschland gebe. Das jüdische Leben zu schützen und zu unterstützen, sei ein wichtiger Teil heutiger Verantwortung. Mit den erhöhten Mitteln könnten Bildungs- und Erinnerungsarbeit, aber auch die Sicherheit jüdischer Gemeinden weiter gestärkt werden. Schuster betonte, das Judentum sei ein elementarer Bestandteil dieser Gesellschaft. In den vergangenen Jahrzehnten habe das jüdische Leben in Deutschland eine Vielfalt erlangt, die vor der Shoah eine Selbstverständlichkeit gewesen sei. Diese Entwicklung solle nun gefestigt werden und das erfordere Hingabe, Anstrengung und Zusammenhalt – sowohl von der jüdischen Gemeinschaft als auch von der gesamten Gesellschaft. Der größte Teil der erhöhten Leistungen werde dem Betrieb der Jüdischen Akademie in Frankfurt zu Gute kommen, deren Eröffnung für 2024 geplant sei, so Schuster. Die Akademie werde ein interkultureller Bildungsort für den gesellschaftlichen Diskurs für Jüdinnen und Juden und Mitglieder anderer Religionsgemeinschaften aus Deutschland und Europa sein. Zudem strebe der Zentralrat auch ein bundesweites Ausbildungsprogramm für Sicherheitspersonal an jüdischen Einrichtungen an. Im Bereich der Antisemitismus-Prävention werden zusätzliche Gelder demnach für Bildungsprojekte im Rahmen der „Gemeinsamen Empfehlung zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule“ verwendet. (kna öki 03.05.2023)
- **In Polen haben sich bei der Volkszählung 2021 mehr als doppelt so viele als ethnische Juden und Jüdinnen bezeichnet wie beim Zensus zuvor 2011.** Nach Angaben des nationalen Statistikamtes bekannten sich 15.700 oder 1,2 Prozent der Bevölkerung zur jüdischen Nationalität. Bei der vorangegangenen Volkszählung waren es nur 7.500. In jüngster Zeit deckten immer mehr Polinnen und Polen ihre lange verborgenen jüdischen Wurzeln auf. Zudem wanderten aus dem Ausland auch Jüdinnen und Juden ein. Bei der Volkszählung wurde nach der nationalen oder ethnischen Zugehörigkeit gefragt, die unabhängig von der Staatsangehörigkeit sei. Unter den 14 aufgelisteten Optionen wurde die jüdische als letzte genannt. Es gab auch die Möglichkeit, zwei Nationalitäten anzugeben. Das Resultat der Frage „Welcher Religionsgemeinschaft gehören Sie an?“ gibt Polens Statistikamt erst später bekannt. Hier wurden sieben Bekenntnisse vorgegeben, nicht aber das jüdische. Es war aber auch möglich, ein anderes Bekenntnis hinzuzufügen. (kna öki 18.04.2023)
- **Ein neuer Zusammenschluss will über die Vielfalt jüdischen Lebens informieren und gegen Antisemitismus vorgehen.** Zu den Gründungsmitgliedern des Vereins „Jüdisches Leben in Europa“ gehören der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, die EKD-Ratsvorsitzende Annette Kurschus und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Georg Bätzing. „In Deutschland haben wir in dem Festjahr ‚1.700 Jahre Jüdisches Leben‘ erlebt, dass es großes Interesse an der Geschichte und Gegenwart jüdischen Lebens gibt“, erklärte Schuster. „In der europäischen Kultur ist das Judentum ebenso fest verankert.“ Mit dem Verein wolle man dafür sorgen, „dass auch dieses Wissen so weit wie möglich verbreitet wird“. Kurschus rief dazu auf, sich entschieden und mit vereinten Kräften gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben einzusetzen. Ähnlich äußerte sich Bätzing. Der Gründungsakt des Vereins fand am 30. März in den Räumen der Kölner Synagogengemeinde statt. In Köln befinde sich die älteste nachgewiesene jüdische Gemeinde Mittel- und Nordeuropas, betonte Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker. „Ich freue mich daher sehr, dass auch der neue Verein von Köln, also mitten aus Europa heraus, agieren und eine starke Stimme für Jüdinnen und Juden in Europa sein wird.“ Reker ist ebenso Gründungsmitglied wie die Vizepräsidentin des Europaparlaments, Katarina Barley. „Wir wollen mit dem Verein dazu beitragen, dass jüdisches Leben in Europa eine Zukunft hat und Antisemitismus endgültig der Vergangenheit angehört“, so die SPD-Politikerin. (kna öki 18.04.2023)

- Die Gründung eines neuen Verbands für liberale jüdische Gemeinden und Gruppierungen ist aus Sicht der Frankfurter Rabbinerin Elisa Klapheck ein echter Neustart.** „Ich erhoffe mir eine Umkehr, eine Wiederbesinnung auf unsere religiöse Integrität und konstruktiven Potenziale“, sagte Klapheck der KNA. Sie ist im Vorstandsvorstand und Rabbinerin des Egalitären Minjan in Frankfurt, eines der Gründungsmitglieder des Jüdischen Liberal-Egalitären Verbandes (JLEV). Acht der bislang neun Mitglieder gehören zeitgleich noch der Union progressiver Juden in Deutschland (UpJ) an. Diese organisiert seit 1997 große Teile des liberalen Judentums. Der Egalitäre Minjan mit etwa 150 Anhängern, in dem Frauen und Männer gleichberechtigt sind und bei Gottesdiensten jeweils aus der Thora lesen, war nicht in der UpJ, hat sich aber dem neuen Verband angeschlossen. „Zum Neustart gehört jetzt auch, dass wir uns neu kennenlernen und neue Synergien schaffen“, sagte Klapheck. Die anderen Mitglieder sind nur noch bis Jahresende dabei, denn sie wollen nicht mehr zur UpJ gehören. Hintergrund sind die Vorwürfe gegen Rabbiner Walter Homolka, die international wahrgenommen wurden und hierzulande das Judentum erschüttert haben, nicht nur die liberale Strömung. Homolka war lange Vorstandsvorsitzender der UpJ und unter anderem Leiter des Abraham-Geiger-Kollegs in Potsdam, das liberale Rabbinerinnen und Rabbiner ausbildet. Homolka werden Machtmissbrauch und weitere Verfehlungen zur Last gelegt. Er geht gerichtlich gegen die Vorwürfe vor, die Verfahren laufen noch. Die JLEV-Gründungsmitglieder werfen der UpJ in der Auseinandersetzung um die Aufarbeitung der Vorwürfe und ihrer strukturellen Hintergründe einen „befremdlichen Umgang“ vor: „Sie bagatellierte, relativierte und agierte entsprechend einseitig ohne Berücksichtigung und Beachtung der kritischen Stimmen von Mitgliedsgemeinden.“ Dies hatte Homolkas Nachfolgerin im UpJ-Vorstandsvorsitz, Irith Michelsohn, zurückgewiesen. Auch messe sie der Neugründung „keine wesentliche Bedeutung“ für die Union zu, sagte sie kürzlich der KNA: „Ich bedauere zwar den sicher noch folgenden Austritt aus der UpJ, unsere Arbeit wird durch den neuen Verband nicht beeinflusst werden.“

JLEV läuft unter dem Dach des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Spitzenorganisation der jüdischen Gemeinden. „Bei uns gab es durchaus auch Bedenken, ob wir uns dem neuen Verband anschließen sollen“, sagte Klapheck. Letztlich habe es aber alle überzeugt, dass der Verband zum Zentralrat gehören sollte und dort eine Stimme habe. Sie selbst habe sich für ein JLEV-Lehrhaus mit Veranstaltungen vor Ort und digitalen Angeboten stark gemacht, erklärte Klapheck. Auch seien für sie die ethischen Leitlinien des Verbandes wichtig. Darin ist festgehalten, dass transparent und konstruktiv miteinander kommuniziert und eine Konzentration von Macht auf einzelne Personen vermieden werde. Und: „In Auseinandersetzung mit den überlieferten Lehren führen die Mitglieder von JLEV ein jüdisches Leben, das auf die sozialen, kulturellen und ethischen Herausforderungen der Moderne antwortet.“ Insgesamt möchte die Rabbinerin ein Judentum, „das nicht mehr als Außenseiter in der Gesellschaft verstanden wird“. (Bericht von Leticia Witte) (kna öki 09.05.2023)
- Der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, bescheinigt der Justiz in Deutschland eine gewachsene Aufmerksamkeit für rechtsradikales Gedankengut.** „Aber sie hat rechts, beziehungsweise in Fragen von Antisemitismus, noch immer eine Schwäche“, sagte er der „Süddeutschen Zeitung“. „Ich habe früher oft den Eindruck gehabt, dass die Justiz auf dem rechten Auge blind ist. Also dass sie Boshafigkeiten und Attacken, die aus dem rechtsradikalen Spektrum kommen, ausblendet. Das würde ich in dieser Schärfe heute nicht mehr sagen“, sagte der 69-Jährige mit Blick auf mehrere Gerichtsurteile der vergangenen Monate. Dennoch gebe es viele Beispiele dafür, dass in der Justiz bewusst versucht werde, antisemitische Äußerungen „so harmlos zu interpretieren, wie sie mit Sicherheit nicht gedacht gewesen“ seien. „Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Die Menschenwürde allerdings auch – wenn ich etwa an Propaganda und Hetze denke“, betonte der Zentralratsvorsitzende. „Die Justiz sollte Minderheiten im Sinne einer demokratischen Gesellschaft davor beschützen, dass zu ihrer Ermordung aufgehetzt wird.“ Wenn jemand Positionen der israelischen Regierung kritisiere, sei das legitim, fügte Schuster hinzu. Anders sei das, wenn die Auslöschung Israels gefordert werde. „Kein Mensch auf jüdischer oder israelischer Seite spricht sich für die Auslöschung der Palästinenser aus. Das ist aber die Hassbotschaft, die bei Demonstrationen wie kürzlich in Berlin geäußert wird: die Auslöschung des jüdischen Staates. Die Auslöschung der Juden.“ Auch die Leugnung der Schoah sei keine Kleinigkeit, sagte der Zentralratsvorsitzende. „Wenn wir hier weggucken würden, würden wir gesellschaftlich Erreichtes aufs Spiel setzen.“ Es sei ihm bewusst, dass die deutsche Justiz damit die freie Rede einschränke. „Das tut man nicht leichtfertig. Deutschland geht damit einen anderen Weg als die meisten liberalen Demokratien, in denen diese Leugnung nicht verfolgt wird.“ Aber dieser Weg sei richtig, gerade auch wegen der besonderen Verantwortung von Deutschland. Schuster übte zugleich Kritik an der neuen israelischen Regierung. Die von Ministerpräsident

Benjamin Netanjahu geplante Justizreform bedeute praktisch eine Entmachtung der unabhängigen dritten Gewalt in Israel. Damit würde die Gewaltenteilung aufgeweicht und die Demokratie gefährdet. „Hinzu kommt, dass Netanjahu nicht nur Rechtsextreme, sondern auch Vorbestrafte zu Ministern gemacht hat.“ (kna öki 09.05.2023)

- **Im Streit um eine Schmähpastik an der Außenfassade der Stadtkirche in Wittenberg hat der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, seine Forderung nach einer Aberkennung des Unesco-Welterbestatus erneuert.** „Sollte die Kirchengemeinde in Wittenberg nicht reagieren, werde ich mich an Außenministerin Baerbock wenden“, sagte Klein der „Süddeutschen Zeitung“. Dann müsste die deutsche Botschaft angewiesen werden, bei der Unesco in Paris die „Entlistung“ aus dem Verzeichnis des Weltkulturerbes zu beantragen. Die Zeitung berichtet zudem, dass die Bundesregierung die judenfeindliche Darstellung bei der ursprünglichen Unesco-Bewerbung ausgespart habe. Sie hatte sich in den 1990er Jahren um die Aufnahme von Wittenberg und Eisleben in die Liste bemüht. Die Verunglimpfung von Religionen ist mit den Grundprinzipien der Unesco unvereinbar; dies ist seit 1995 festgeschrieben. Kürzlich hatte Klein im „Spiegel“ auf einen ähnlichen Fall verwiesen: „2019 wurde der Karneval im belgischen Aalst wegen antisemitischer Darstellungen von der Liste des Weltkulturerbes gestrichen“. Die mittelalterliche in Stein gemeißelte Schmähpastik einer „Judensau“ zeigt an der Südfassade der Stadtkirche eine Sau, an deren Zitzen Menschen trinken, die Juden darstellen sollen. Ein als Rabbiner dargestellter Mensch blickt dem Tier in den After. Schweine gelten im Judentum als unreine Tiere. Solche Schmähpastiken sind im Mittelalter auch an anderen Kirchen angebracht worden. Im Oktober 2022 hatte der Gemeindegemeinderat in Wittenberg nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs entschieden, die Schmähpastik an der Außenfassade zu belassen und die schon bestehende „Stätte der Mahnung“ weiterzuentwickeln. Ein zuvor eingesetztes Experten-Gremium hatte für eine Abnahme votiert. Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu einer Beschwerde steht noch aus. Mitte April hatte die evangelische Kirchengemeinde die Mahnstätte an der Stadtkirche mit einer aktualisierten Infotafel versehen und drei Roll-Ups in der Kirche aufgestellt, die über den christlichen Antijudaismus informieren unter anderem auch bei Reformator Martin Luther sowie in Verschwörungstheorien. Der Text auf der Infotafel wurde demnach um die Bitte um Vergebung an „Gott und das jüdische Volk“ ergänzt. (kna öki 16.05.2023)
- **Eine Entfernung der so genannten „Judensau“ an der Wittenberger Stadtkirche hat der Bischof der Evangelischen Kirche Berlin Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Christian Stäblein, gefordert.** „Wo es beseitigbar ist, muss man es beseitigen“, sagte Stäblein über die antisemitische Schmähpastik, die um das Jahr 1300 an der Südfassade der Kirche angebracht wurde. Die Plastik zeigt eine Sau, an deren Zitzen als Juden dargestellte Menschen saugen. Stäblein äußerte sich bei einer Podiumsdiskussion des „Hauses für Brandenburgisch-Preußische Geschichte“ und der F.C.-Flick-Stiftung in Potsdam. Eine andere Position nahm der Bischof indes zur „Judensau“ im Kreuzgang des Brandenburger Doms ein. Eine Abnahme der dortigen Plastik könne zu weiteren Schäden führen. Deswegen sprach sich Stäblein dafür aus, die dortige Plastik zu erklären, und visuell zu entfernen: Sie solle so verhängt werden, dass sie „nicht ins Auge fällt, aber für die Erklärung weiter sichtbar bleibt.“ Dagegen sprach sich der Gründungsdirektor des Moses-Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam, Julius H. Schoeps, strikt gegen eine Entfernung der Plastik aus. „Entferne ich bestimmte anstößige Stellen aus dem Kulturgut, blieben leere Flecken“, sagte Schoeps. „Das ist eine große Gefahr.“ Man könne vieles erklären und man sollte es erklären. „Ich bin fürs Erklären“, so Schoeps. Andernfalls müsste man etwa auch alle antisemitischen Passagen aus den Werken Wilhelm Buschs oder alle als antisemitisch empfundenen Textstellen des Neuen Testaments löschen. (kna öki 16.05.2023)
- **Konferenz der Europäischen Rabbiner (CER) will ihren Hauptsitz von London nach München verlegen.** Das kündigte sie in der bayerischen Landeshauptstadt an. Dort entsteht ein neues, staatlich gefördertes „Zentrum für jüdisches Leben“. In ihm sollen künftig Rabbiner und Rabbinerfrauen aus ganz Europa aus- und weitergebildet werden. Mit der mit dem Umzug verbundenen Ausweitung ihres Engagements wolle die CER jüdisches Leben in Europa deutlicher sichtbar machen, hieß es. Der Standort München stehe „exemplarisch für viele emotionale Momente sowie Höhen und Abgründe in der deutsch-jüdischen Geschichte“. Mit seiner Hauptsynagoge und dem Jüdischen Zentrum am Jakobsplatz und zuletzt als Anlaufstation jüdischer Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und aus Russland habe sich die bayerische Landeshauptstadt „zu einem neuen Kristallisationspunkt für jüdisches Leben in Europa entwickelt“. Am 9. Mai wurde Ministerpräsident Markus Söder (CSU) in München für sein

Engagement zum Schutz und zur Förderung jüdischen Lebens mit dem Lord-Jakobovits-Preis ausgezeichnet. CER-Präsident Pinchas Goldschmidt sagte: „Unter der Führung von Ministerpräsident Markus Söder ist Bayern zu einem Leuchtturm der Hoffnung für jüdische Gemeinden in Europa geworden, zu einem Ort, an dem sie sich willkommen, unterstützt und geschätzt fühlen können.“ Die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, sagte: „Es macht mich stolz und glücklich zu sehen, dass meine Heimatstadt München heute zu einem der bedeutendsten jüdischen Zentren in Europa geworden ist.“ Besonders die aktuelle Staatsregierung verbinde „kompromisslosen Kampf gegen alle Formen von Juden Hass mit einer gezielten Förderung des jüdischen Gemeindelebens“. Die CER vertritt nach eigenen Angaben rund 1.000 Mitglieder, darunter 800 aktive Rabbiner von Dublin bis Wladiwostok. Sie engagiert sich für Religionsfreiheit sowie den interkulturellen und interreligiösen Dialog mit Muslimen und Christen. Präsident ist seit 2011 der ehemalige Oberrabbiner von Moskau, Pinchas Goldschmidt. Der Lord-Jakobovits-Preis des europäischen Judentums erinnert an einen früheren CER-Präsidenten dieses Namens. Er wird jährlich verliehen. Zu den bisherigen Preisträgern zählen der ehemalige polnische Premier und EU-Parlamentspräsident Jerzy Buzek sowie die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel. (kna öki 16.05.2023)

- **Antisemitismus in Deutschland wird laut einer neuen Studie lauter, aggressiver und selbstbewusster.** „Wie so oft in Krisenzeiten tritt die Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden derzeit wieder unverhohlener und radikaler auf“, heißt es in der von der Otto Brenner Stiftung in Frankfurt veröffentlichten Analyse. „Antisemitismus war nach dem Holocaust nie weg und wird immer wieder neu gelernt“, erklärte der Autor des Papiers „Antisemitismus. Alte Gefahr mit neuen Gesichtern“, Michael Kraske. Zugleich werde Juden Hass teilweise ignoriert, verharmlost und nicht konsequent bekämpft. Kraske verwies unter anderem auf einen „drastischen Anstieg antisemitischer Straftaten“. Der Journalist hat laut den Angaben nicht nur Studien, Quellen und Dokumente ausgewertet, sondern auch Experten und Betroffene interviewt. Demnach beeinträchtigt eine zunehmend offen ausgelebte Judenfeindschaft den Alltag von Betroffenen massiv, während es vielen nichtjüdischen Menschen schwerfalle, das Problem überhaupt zu erkennen. „Antisemitismus kommt in allen gesellschaftlichen Bereichen vor, vom Klassen- und Lehrerzimmer über Polizei und Justiz bis zur eigenen Nachbarschaft“, so der Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung, Jupp Legrand. Ein Kleinreden antisemitischer Äußerungen oder Handlungen von Sicherheitsbehörden trage dazu bei, dass viele Betroffene Übergriffe überhaupt nicht meldeten. „Viel spricht für ein großes Dunkelfeld, das offizielle Fallzahlen weit übersteigt“, so Kraske. Judenfeindlichkeit sei ein Demokratieproblem. Kraske kritisierte, die Erinnerungskultur in Deutschland werde allzu oft als einzige Form der Auseinandersetzung mit dem Thema missverstanden. Das berge die Gefahr, Juden Hass als historisches Phänomen abzutun. Schulen und Weiterbildungsstätten müssten dem Thema einen festen Platz einräumen. Kraskes Fazit: „Wir stehen immer noch – oder wieder – erst ganz am Anfang.“ (kna öki 23.05.2023)
- **Die jüdischen Gemeinden in Deutschland verzeichnen deutliche Zuzüge von Jüdinnen und Juden, die nach dem russischen Angriff aus der Ukraine nach Deutschland geflohen sind.** Wie die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland in Frankfurt mitteilte, sind seit Februar 2022 rund 1.400 Jüdinnen und Juden aus der Ukraine in einer Gemeinde aufgenommen worden. Der Präsident der Zentralstelle, Abraham Lehrer, sagte, viele jüdische Gemeinden seien für schutzsuchende Menschen zu einem sozialen Empfangsraum geworden. Dies sei dem außerordentlichen Engagement vieler Freiwilliger bei Versorgung und Betreuung der Geflüchteten zu verdanken. Die Statistik gibt die Gesamtzahl der jüdischen Gemeindeglieder mit 90.885 an. Dies umfasst allerdings nicht alle Juden in Deutschland, weil nicht alle Gemeinden der Zentralwohlfahrtsstelle angehören. 2022 schied etwa die jüdische Gemeinde Mainz mit rund 1.000 Mitgliedern aus dem Dachverband aus. Wegen dieses Austritts sank die Gesamtzahl der im Dachverband organisierten Gemeindeglieder trotz der 1.400 neu hinzugekommenen Ukrainer sowie 200 weiterer Zuzüge aus dem Ausland im Vergleich zu 2021 um rund 950. Knapp 300 Jüdinnen und Juden erklärten ihren Gemeindeaustritt. Gleichzeitig ging laut der Statistik auch die Zahl der Geburten in den jüdischen Gemeinden von 203 im Jahr 2021 auf 140 im Jahr 2022 zurück. 1.752 Gemeindeglieder starben, etwa genauso viele wie 2021. Zentralstellen-Präsident Lehrer sagte, die Gemeinden müssten sich wegen der demografischen Entwicklung auf weiter sinkende Mitgliederzahlen einstellen. (kna öki 23.05.2023)
- **Bayerns Beauftragter für jüdisches Leben, Ludwig Spaenle, hält Antisemitismus für „unausrottbar“.** Historisch handle es sich um „die wohl älteste und wirkmächtigste

Zusammenballung negativer Stereotype“, sagte Spaenle. Der Kampf dagegen sei daher eine Langzeitaufgabe und nicht in fünf Jahren zu erledigen. Der CSU-Landtagsabgeordnete wurde 2018 mit dieser Aufgabe erstmals betraut, sein Mandat endet im Herbst. Spaenle erinnerte daran, dass er sein Amt an einem „leeren Schreibtisch“ begonnen habe. Sein Bericht listet unter der Überschrift „Für eine Kultur des Hinschauens“ auf 52 Seiten auf, was er seit 2018 unternommen hat. Als seine Hauptaufgabe bezeichnete der Regierungsbeauftragte den regelmäßigen Austausch mit den 15 jüdischen Gemeinden im Freistaat. Zu Beginn der 1930er Jahre gab es in Bayern demnach rund 35.000 Jüdinnen und Juden, nur wenige überlebten die Shoah. Heute seien es wieder knapp 20.000, davon 90 Prozent aus den Ländern, die 1991 aus der ehemaligen Sowjetunion hervorgingen. Der Bericht hebt die enorme Integrationsleistung der jüdischen Gemeinden in Bayern bei der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine hervor. Zufrieden zeigte sich der Beauftragte mit der Sensibilisierung der Zivilgesellschaft für das Thema. So hätten inzwischen 80 Verbände und Gruppen, darunter auch große Fußballclubs aus München und Nürnberg, die Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) übernommen. Im Sport und in der Wirtschaft gebe es aber noch einiges zu tun, fügte er hinzu. Gelungen ist aus seiner Sicht auch der Umgang mit historischen Schmähbildern in Bayern. So seien etwa durch die Einrichtung eines Runden Tisches zur „Judensau“ am Regensburger Dom Eskalationen wie in Wittenberg vermieden worden. Noch nicht erreicht ist die von Spaenle vor zwei Jahren vorgeschlagene Aufnahme eines Staatsziels „Schutz des jüdischen Lebens und Bekämpfung des Antisemitismus“ in die bayerische Verfassung. Solche Bestrebungen gebe es auch in anderen Bundesländern wie Sachsen-Anhalt, berichtete er. In Hamburg sei man „kurz davor“. In Bayern sei dafür jedoch nicht nur eine Zweidrittelmehrheit im Landtag vonnöten, sondern auch eine Volksabstimmung. Daher handle es sich um ein „komplexes Unterfangen“. Handlungsbedarf sieht Spaenle außerdem in der weiteren Vernetzung von Akteuren auf Landesebene. Dazu zählten auch Ehrenamtliche, die jüdische Friedhöfe pflegten oder die Erinnerung an das vor allem im fränkischen Raum einst stark vertretene Landjudentum wiederbelebten. Es gelte solche „außerschulische Lernorte“ noch mehr zu nutzen. Der 61-jährige CSU-Politiker, der seine Amtsausübung überparteilich versteht, deutete an, dass er für eine Fortsetzung zur Verfügung stehe, „wenn ich gefragt werde“. (kna öki 23.05.2023)

- **Ein Schulbezirk im US-Bundesstaat Utah verbant die Bibel aus Grund- und Mittelschulen.** Zuvor hatten sich Eltern beschwert, das Buch enthalte vulgäre und gewaltsame Stellen, die für Kinder ungeeignet seien, wie US-Medien berichteten. Der Bezirk Davis County beruft sich bei seiner Entscheidung auf ein Gesetz, das seit 2022 Bücher und Filme mit „pornografischen und unanständigen Inhalten“ an Schulen in Utah verbietet. Bisher waren davon vor allem Bücher zur sexuellen Orientierung und über Identitäts-Themen betroffen. Ähnliche Gesetze gibt es in Texas, Missouri, Florida und South Carolina. Hintergrund sind Initiativen konservativer Kreise in den USA, die damit vor allem die Debatte über die Rechte von Homosexuellen, Transmenschen und anderen sexuellen Orientierungen beschränken wollten. Sieben oder acht Bibeln seien nun entfernt worden, teilte der Davis Schuldistrikt nördlich von Salt Lake City mit. In den High Schools bleibe die Bibel aber in den Bibliotheken. (kna öki 06.06.2023)
- **Christen, Muslime und Juden bilden in Oberbayern gemeinsam interreligiöse Dialogbegleiterinnen und -begleiter aus.** Berufsbegleitend lernen die Teilnehmenden, Begegnungen von Menschen mit verschiedenen religiösen Hintergründen zu gestalten. Am 22. Juni erhielten 16 Menschen aus ganz Deutschland und Österreich nach 20 Kurstagen und Einzelprojekten in Penzberg ihr Abschlusszertifikat. Nach Auskunft der Initiatoren handelt es sich um die bundesweit einzige Weiterbildung mit einem solchen gemischten Trägerkreis. Der nächste zweijährige Kurs beginnt im November, einige Plätze sind dem Vernehmen nach noch frei. Das Angebot richtet sich an Lehrkräfte, Sozialarbeiter, Gesundheitsberufe, Migrantenorganisationen sowie Ehrenamtliche und allgemein Interessierte aller Religionen und Weltanschauungen. Informationen gibt es auf der Internetseite dialogbegleiter.de. Die Teilnehmenden besuchen eine Synagoge, eine Moschee und eine Kirche. Sie müssen Kontakt zu einer Glaubensgemeinschaft aufnehmen, die sie bisher noch nicht kennen, und üben den Dialog in schwierigen Situationen. Außerdem arbeiten sie an der Entwicklung einer gemeinsamen Spiritualität. Dadurch soll ein bundesweites Netz von Menschen entstehen, die für Verständigung zwischen den Religionen eintreten, sagte Eva Haller, Präsidentin der jüdischen Europäischen Janusz-Korczak-Akademie in München. „Ohne dieses friedliche Miteinander können wir die vielen Krisen in der Welt nicht bewältigen.“ Ihre Akademie zählt mit der Islamischen Gemeinde in Penzberg zum Trägerkreis; ebenso die katholische Domberg-Akademie Freising und das Münchner Institut für interreligiöse und interkulturelle

Begegnung „Occurso“. Koordiniert wird das Angebot vom Studienzentrum für evangelische Jugendarbeit in Josefstal am Schliersee. Roger Schmidt vom Studienzentrum will mehr Muslime und Juden für eine Teilnahme an dem Kurs gewinnen. Bisher seien in den ersten beiden Jahrgängen Christen in der Mehrheit gewesen, sagte er. Wer bei den Kosten nicht von seinem Arbeitgeber unterstützt werde, könne ein Stipendium erhalten. Der Penzberger Imam Benjamin Idriz sieht in dem Format ein Vorbild auch für muslimische Länder. (kna öki 27.06.2023)

- **Richtfest für die alte Münchner Synagoge in der Reichenbachstraße:** Am 29. Juni soll es als Lichtfestsamt Eröffnung einer Lichtinstallation gefeiert werden, wie der Verein Synagoge Reichenbachstraße bekanntgab. Um das jüdische Gebetshaus nach mehr als 80 Jahren nach seiner Zerstörung durch die Nazis wieder in seinen ursprünglichen Zustand zu versetzen, hatte sich ein Verein gegründet. Die Initiative ging auf die Literaturwissenschaftlerin Rachel Salamander und den Rechtsanwalt Ron Jakobowicz zurück. Für die Renovierungsarbeiten hatte der Bund Ende vergangenen Jahres 900.000 Euro aus dem „Denkmalschutz-Sonderprogramm XI“ freigegeben. Auch der FC Bayern München spendete 100.000 Euro. Der Verein hatte zwischen 1913 und 1952 mit Kurt Landauer einen jüdischen Präsidenten, der mit Unterbrechungen 18 Jahre amtierte. Unter ihm errangen die Bayern 1932 ihren ersten Meistertitel. Die Synagoge in der Reichenbachstraße war 1931 eröffnet worden. Während der von den Nazis gesteuerten Novemberpogrome 1938 wurde sie verwüstet und im Zweiten Weltkrieg weiter durch Bomben zerstört. Nach dem Wiederaufbau und bis zur Eröffnung der Ohel-Jakob-Synagoge 2006 auf dem Jakobsplatz diente sie der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern als Hauptsynagoge. Danach stand der Bau leer und war dem Verfall ausgesetzt. Der Verein Synagoge Reichenbachstraße will nach eigenen Angaben dieses „einzigartige architektonische Baudenkmal“ erhalten. Das Gebäude soll in seiner Urfassung wiederhergestellt werden, wie es der damals 30 Jahre alte Architekt Gustav Meyerstein entworfen hatte. Nach der Restaurierung sei geplant, die Synagoge für Gottesdienste nutzbar zu machen. (kna öki 27.06.2023)
- **Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, verteidigt den ehemaligen Oberrabbiner von Moskau und Präsidenten der Europäischen Rabbinerkonferenz, Pinchas Goldschmidt, gegen den Vorwurf des Kreml, er sei ein Spion.** Die „Brandmarkung seiner Person durch die russische Regierung als ‚ausländischer Agent‘ ist der Versuch einer Diffamierung als Reaktion auf die Kritik Goldschmidts am russischen Angriffskrieg auf die Ukraine“, sagte Klein dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Goldschmidt könne sich seiner „vollen Unterstützung sicher sein“. Mit seiner Ächtung setze der Kreml auf „einen Mechanismus, den wir in der Geschichte leider schon so oft gesehen haben: Jüdinnen und Juden geraten gerade in Zeiten von Krisen und Konflikten immer wieder in den Fokus feindlich gesinnter Mehrheiten“, ergänzte der Antisemitismusbeauftragte: „Auch hier in Deutschland ist der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine mittlerweile häufig der Hintergrund für antisemitische Vorfälle.“ Die russischen Behörden führen Goldschmidt seit kurzem offiziell als „ausländischen Agenten“. Das berichtete zuletzt die „Jüdische Allgemeine“ unter Berufung auf israelische Medien. Goldschmidt hatte Russland im Frühjahr 2022, zwei Wochen nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine, verlassen. (kna öki 11.07.2023)
- **Bayerns Antisemitismusbeauftragter Ludwig Spaenle hat das Vorgehen russischer Behörden gegen den Präsidenten der Europäischen Rabbinerkonferenz, Pinchas Goldschmidt, scharf verurteilt.** „Für mich ist das ein neuerlicher, trauriger Beweis, dass der Antisemitismus in die russische Staatsführung zurückgekehrt ist“, erklärte Spaenle in München. Man habe Goldschmidt diffamiert und zu einem ausländischen Agenten erklärt. Dieses Handeln stehe im Zusammenhang mit weiteren Maßnahmen der Regierung Wladimir Putins gegen die jüdische Gemeinschaft. Die russischen Behörden führen Goldschmidt seit kurzem offiziell als „ausländischen Agenten“. Das berichtete zuletzt die „Jüdische Allgemeine“ unter Berufung auf israelische Medien. Goldschmidt hatte Russland im Frühjahr 2022, zwei Wochen nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine, verlassen. Den russischen Krieg in der Ukraine hatte Goldschmidt wiederholt öffentlich verurteilt. Es sei das erste Mal in der Geschichte, dass die Russische Föderation einen religiösen Führer zum ausländischen Agenten erklärt habe, so Spaenle. Der ehemalige Moskauer Oberrabbiner Goldschmidt lebt derzeit im Exil. Mit ihm stehen laut Mitteilung viele russische Oppositionelle sowie jüdische Vertreterinnen und Vertreter auf Listen der russischen Regierung oder sind in Russland inhaftiert. Spaenle erklärte: „Jeder, der diesen furchtbaren, ungerechtfertigten Krieg gegen die Ukraine, der ungläubliches Leid über die ukrainische Bevölkerung und auch viele russische

Familien bringt, kritisiert oder dagegen lautstark protestiert, steht auf der richtigen Seite der Geschichte.“ (kna öki 18.07.2023)

2. Aus der jüdischen Welt – Israel

- **Golan Ben-Chorin mag keine Wände. „Sie schaffen Barrieren und halten Menschen fern“, sagt der Rabbiner aus Haifa.** Manchmal aber reißen neue Konstruktionen Mauern in den Köpfen ein. Dann steht Ben-Chorin in der ersten Reihe. Wie bei der „Friedenskathedrale“ in der georgischen Hauptstadt Tiflis. Das Partnerprojekt des Berliner interreligiösen „House of One“, dessen Botschafter Ben-Chorin ist, soll Juden, Christen und Muslimen in dem multireligiösen Land ein gemeinsames Dach „ganz ohne versteckte Agenda“ bieten. Ende Mai, zum jüdischen Wochenfest Schawuot und dem christlichen Pfingstfest werden eine Friedensmoschee und eine Friedenssynagoge eingeweiht, die mit der baptistischen Kirche den Komplex der „Friedenskathedrale“ bilden. Golan Ben-Chorin ist israelischer Reformrabbiner in dritter Generation. „Opa Schalom“ reichte, wie er es formuliert, in den 1950er Jahren als Pionier der deutschen Gesellschaft die Hand, indem er den Jugendaustausch mit Israel vorantrieb. Vater Tovia, der vor einem Jahr starb, war ebenfalls ein wichtiger Vertreter des Reformjudentums. Er wirkte als jüdischer Akteur bei der Gründung des „House of One“. Mutter Adina hielt unterdessen die Türen für alle Glaubensrichtungen und Konfessionen offen, während sie zugleich die tiefe Verwurzelung der Familie im Judentum bewahrte. Dialog und Engagement, ob innerhalb oder zwischen den Religionen, waren Sohn Golan also in die Wiege gelegt.
Ben-Chorins Partner in Tiflis heißt Malkhaz Songhulashvili. Früher war der gebürtige Georgier Erzbischof der baptistischen Kirche in Georgien, bis er 2013 wegen seiner Unterstützung für Homo-, Bi- und Transsexuelle sowie marginalisierte muslimische Gemeinschaften zurücktreten musste. Fortan zum Bischof von Tiflis degradiert, hat er seine Kirche weit geöffnet: für Arme, Flüchtlinge, sexuelle Minderheiten. Bischof Malkhaz blieb auch dann nicht still, als in Georgien Fälle von Islamophobie und Antisemitismus zunahmen. Seine Antwort: eine Friedensmoschee und eine Friedenssynagoge – unter einem gemeinsamen Dach mit der Kirche. Die Idee der „Friedenskathedrale“ war geboren, ein „Ausdruck der Schönheit gegen die Hässlichkeit des Hasses“, so der Geistliche. Ein einladender Raum zum gemeinsamen Lernen voneinander – mit ein paar überraschenden Regeln. Um die interreligiöse Interaktion zu fördern, durften Mitglieder einer Religionsgemeinschaft nicht für ihr eigenes Gotteshaus spenden, Juden nicht für die Synagoge, Muslime nicht für die Moschee. Und so kam es, dass die israelische Botschaft in Georgien für die „Friedenskathedrale“ und ihre Moschee spendete. Die Wiederverwendung von altem Baumaterial, etwa Steine aus verschiedenen Dörfern, ist für Bischof Malkhaz Teil einer Theologie des Raums. Er solle unfertig aussehen – so wie „die Arbeit der Liebe und des Friedens nie endet und von jeder Generation ihren Beitrag fordert“. Für den Rabbiner aus Haifa verfolgt die „Friedenskathedrale“ wie auch andere Partnerprojekte des „House of One“ einen Ansatz, der sie von anderen interreligiösen Vorhaben unterscheidet: „Viele im interreligiösen Dialog suchen nach dem gemeinsamen Nenner. Ich feiere die Unterschiede.“ Nach dem Finden einer gemeinsamen Basis, die für das Vertrauen entscheidend sei, gehe es darum, eine gemeinsame Sprache zu finden für eine „Einheit jenseits der Uniformität“. Pluralismus sei der „Wert im Herzen meiner Arbeit“, Judentum seine Sprache, sagt Ben-Chorin. „Ich habe mich so vielen Systemen ausgesetzt wie möglich und dabei gelernt, dass Judentum meine Wahrheit ist.“ Dies sei nicht die einzige Wahrheit für alle. Aber ohne eigene Wahrheit könne er kein Pluralist sein. Dieser Ansatz spiegelt sich auch in seinem Werdegang wider: Ordiniert in der israelischen reformjüdischen Bewegung, machte er sein Doktorat in Bildungsphilosophie an einer konservativen US-Universität und arbeitete mit betont progressiven Synagogen zusammen. Für Israel plant Ben-Chorin einen weiteren physischen Raum der interreligiösen Begegnung. „Garden of One“ heißt das Projekt des Rabbiners in seiner Heimatstadt Haifa – ein Garten ganz ohne Mauern, dafür mit abstrakten symbolischen Darstellungen der verschiedenen Religionen: Bahai, Drusen, Muslime, Christen und Juden. Zudem soll es einen sechsten Bereich geben, der die Menschheit als Ganzes repräsentiert – ein „Raum der spirituellen Erhebung ohne Einschränkungen“. Ein Granatapfelbaum im Garten der „Friedenskathedrale“ steht seit einigen Monaten symbolisch für die Verbindung zwischen Haifa und Tiflis. (kna öki 04.04.2023)
- **Der Sprecher des israelischen Parlaments, Amir Ohana (Likud) hat die jüngsten Gewaltakte extremistischer Juden gegen Christen in Israel und insbesondere in Jerusalem verurteilt.** „Ich habe unser Engagement für die Gewährleistung der Sicherheit und Freiheit

aller bekräftigt“, twitterte er nach einem Treffen mit dem Lateinischen Patriarchen von Jerusalem, Erzbischof Pierbattista Pizzaballa, in Jerusalem. Israel sei auf den Werten der Religionsfreiheit gegründet. Ohana betonte laut israelischen Medienberichten die Sonderstellung Israels als einziger Ort im Nahen Osten, an dem die christliche Gemeinschaft wachse und gedeihe. Angriffe auf Christen seien etwas, „was wir weder als Knesset noch als Staat zu akzeptieren bereit sind“. Ohana kündigte an, gemeinsam mit Pizzaballa weiterhin den interreligiösen Dialog zu fördern sowie sich für die Religionsfreiheit einzusetzen. Ohana ist der erste Regierungsvertreter, der offiziell zu den seit Jahresbeginn verstärkt auftretenden Angriffen auf Christen, christliches Eigentum und christliche heilige Stätten durch radikale Juden Stellung genommen hat. Das Lateinische Patriarchat bestätigte die Berichte auf Anfrage der KNA. Das Treffen mit dem Oberhaupt der lateinischen Katholiken im Land sei eine direkte Fortsetzung seines jüngsten Besuchs im Vatikan und einem Treffen mit dem Vatikan-Außenbeauftragten, Erzbischof Paul Richard Gallagher, so Ohana. Bei dem Treffen ging es um die seit 30 Jahren bestehenden diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vatikan und Israel. (kna öki 04.07.2023)

- Auf dem Weg durch die Jerusalemer Altstadt von radikalen Juden angespuckt, beleidigt oder belästigt werden – für viele Jerusalemer Ordensleute und Kleriker Alltag, der immer häufiger auch christliche Pilger trifft.** Die jüdisch-israelische Öffentlichkeit merkt davon wenig – auch, weil die israelischen Behörden Augen und Ohren verschließen vor dem wachsenden Phänomen. Sind es isolierte Akte psychisch Kranker, wie von offizieller Seite gern ausgeführt, oder ist es wachsender jüdischer Extremismus, wie Christenvertreter meinen? Ein israelischer Journalist wollte es wissen und wurde „Priester für einen Tag“. In die Schuhe eines anderen schlüpfen, sagt eine deutsche Redewendung und meint: sich in die Lage eines anderen hineinversetzen. In die Sandalen eines Jerusalemer Franziskaners und dessen Habit schlüpfte unlängst der israelische Journalist Jossi Eli. So verkleidet zog er in Begleitung eines echten Franziskaners einen Tag lang durch die Gassen der Altstadt. „Priester für einen Tag“ lautete der Titel der Reportage, die am vergangenen Schabbat über den Sender „Kanal 13“ lief. Keine fünf Minuten dauerte es, kommentiert Eli in die Kamera, bis der erste Passant auf den Boden spuckt, dann der zweite, ein etwa achtjähriger Junge, dann ein Soldat. Eli schlüpft aus dem Habit und stellt den Soldaten zur Rede. Erst im November wurden Soldaten der israelischen Elite-Kampfeinheit „Givati“ diszipliniert, die einen armenischen Erzbischof während einer Prozession in der Altstadt bespuckt hatten. Seitdem, so das nüchterne Fazit des Journalisten, hat sich nicht viel geändert. Diese Art der Übergriffe auf Christen habe weiter zugenommen, seit „die politische Sprache gewalttätiger wurde“, erklärte Franziskanerkustos Francesco Patton gegenüber Eli. Es ist das erste Mal, dass der oberste Hüter der katholischen heiligen Stätten im Land sich von israelischen Medien interviewen lässt. „Dieser Ort ist unser, nicht Deiner, geh zurück in Dein Land“, sei ein Satz, den Christen wie er nur allzu oft in Jerusalem hörten. Allein in den ersten Wochen des Jahres ist es zu zahlreichen Übergriffen gekommen, von der Schändung eines lutherischen Friedhofs über die eines maronitischen Gotteshauses bis Hass-Graffiti à la „Tod den Christen“ auf armenischen Klostermauern, erinnert der Kustos. Aufzeichnungen der durch Überwachungskameras untermalen die Erlebnisse Elis und die Schilderungen Pattons in der Reportage eindrücklich. In der Verantwortung sieht der italienische Ordensmann jene, die in den Tätergruppen das Sagen haben – und bestenfalls nichts gegen das inakzeptable Verhalten sagen. Hassverbrechen habe es immer gegeben, aber die Situation habe sich verschlechtert, sagt auch der armenische Pater Gurion im Gespräch mit Kanal 13. Ein jüngster Angriff einer Gruppe von Juden auf den Geistlichen vor den Mauern seines Klosters resultierte in einer polizeilichen Festnahme – des Geistlichen. Die Untätigkeit der Polizei gegenüber den Tätern, die oft genug auf den Aufzeichnungen der Sicherheitskameras zu erkennen sind und in vielen Fällen ihre Taten selbst dokumentieren, ist es, was für Jerusalems Christen am unverständlichsten bleibt. Ohne Bestrafung, so Gurion, „haben sie das Gefühl, dass alles erlaubt ist“.

„Nur einen Tag lang trug ich das Gewand eines Priesters, ein Tag reichte für mehrere Fälle von Gesten des Hasses, Demütigungen und Bespucken“, fasste Eli seine Erfahrungen auf Twitter zusammen. Im Film selbst bestätigt er, wie unangenehm es ist, als Ordensmann gekleidet durch jüdische Gruppen zu laufen. Erleichterung, als er den Habit am Abend ablegen kann. Keineswegs psychisch Kranke sind die Täter, sondern „Menschen mit einer klaren Meinung, die einfach etwas hassen, was sie nicht sind“, Menschen, die eine Gehirnwäsche erhalten haben, junge Menschen, Kinder, sogar Soldaten, so das Fazit des Journalisten. Man stelle sich vor, „wie diese Juden reagiert hätten, wenn ein Christ sie in Europa angespuckt hätte“. Erst vor zwei Wochen widmete sich eine von jüdischen Organisationen veranstaltete Konferenz mit radikal-jüdischen Spuckangriffe auf Nichtjuden – und sorgte schon im Vorfeld für solche Kritik, dass das israelische Außenministerium seinen Boykott

ankündigte und die Stadt Jerusalem derart Druck auf das Jerusalemer Davids-Turm-Museum ausübte, das es in letzter Minute als Austragungsort einen Rückzieher machte.

Sein Undercover-Einsatz habe erste Erfolge gezeigt, schreibt Jossi Eli auf Twitter. Nach der Sendung habe Polizeipräsident Kobi Schabtai angeordnet, die Präsenz seiner Beamten dort zu erhöhen, wo sich Christen aufhalten. Auch die Armee habe reagiert, so der Journalist in einem Interview mit der französischen Zeitung „La Croix“. Neben konkreten Konsequenzen gegen den Spucker in Uniform werde man den Ethikkodex überarbeiten, um sicherzustellen, dass sich dergleichen nicht wiederhole.

Tage nach der Ausstrahlung der Reportage innerhalb der Mauern der Jerusalemer Altstadt. Ein Auto nähert sich einer Gruppe Franziskanerbrüder. Bremsst. Das Fenster senkt sich. „Bist Du der Mönch, den sie im Fernsehen gezeigt haben?“ Pater Alberto Pari OFM bejaht, der Fahrer entschuldigt sich wortreich für die Taten seiner Mitbürger. Nicht alle jüdischen Israelis seien so, betont er. (kna öki 04.07.2023)

- **Der israelische Präsident Jitzchak Herzog hat die Angriffe auf religiöse Minderheiten in Israel verurteilt.** Anlässlich der jährlichen Gedenkfeier für den Begründer des modernen Zionismus, Theodor Herzl, verurteilte das israelische Staatsoberhaupt am 9. Juli auch die Koranverbrennung in Schweden.

KNA-ÖKI dokumentiert die Rede Präsident Herzogs in Auszügen: „Mehr als einmal haben wir, und ich persönlich, gefordert und Maßnahmen ergriffen, um sicherzustellen, dass die Familie der Nationen alles in ihrer Macht Stehende tut, um dieses abscheuliche Phänomen auszumerzen. Diese Forderung ist gerechtfertigt, und wir werden sie auch weiterhin erheben. Wir können nicht zulassen, dass Religion und Glaube – die eine Grundlage für Partnerschaft und tiefe Verbindungen zwischen allen Kindern Gottes sein können und sollten - zu einer kranken und verzerrten Rechtfertigung für Hass und Angriffe auf andere werden.“ „Die zweite Herausforderung, die ich ansprechen möchte, ist die Haltung gegenüber Minderheiten und anderen Religionen. Ich erinnere uns alle daran, dass das jüdische Volk und unsere heiligen Stätten im Laufe der Jahre unter Angriffen in der ganzen Welt gelitten haben und auch heute noch leiden. Juden sind antisemitischer Gewalt ausgesetzt, Synagogen und Friedhöfe werden geschändet, und wie wir im vergangenen Jahr mehr als einmal gehört haben und auch jetzt noch mit großer Bestürzung feststellen, sind heilige Gegenstände im Allgemeinen und Torarollen im Besonderen von Schändung und Verunreinigung betroffen. Mehr als einmal haben wir, und ich persönlich, gefordert und Maßnahmen ergriffen, um sicherzustellen, dass die Familie der Nationen alles in ihrer Macht Stehende tut, um dieses abscheuliche Phänomen auszumerzen. Diese Forderung ist gerechtfertigt, und wir werden sie auch weiterhin erheben. Wir können nicht zulassen, dass Religion und Glaube - die eine Grundlage für Partnerschaft und tiefe Verbindungen zwischen allen Kindern Gottes sein können und sollten – zu einer kranken und verzerrten Rechtfertigung für Hass und Angriffe auf andere werden. Gleichzeitig müssen wir konsequent sein und genau dieselbe Position einnehmen, wenn es um andere Glaubensrichtungen und Religionen geht – in Israel und im Ausland. Das Vermächtnis, das Herzl uns zu diesem Thema hinterlassen hat, ist eindeutig: Respekt, Wertschätzung und Partnerschaft zwischen den Juden und den Angehörigen anderer Religionen, in Israel und generell, sind eine grundlegende Basis für den Nationalstaat des jüdischen Volkes. Es war Herzl, der sagte: „Die Rechte oder religiösen Gefühle von niemandem werden durch unsere Idee bedroht. Wir verstehen und respektieren das Gefühl der Ehrfurcht, das Menschen aller Religionen für dieses Land empfinden, aus dem auch der Glaube unserer Vorfahren erwachsen ist.“ Und es war Herzl, der vor allem im Zusammenhang mit den dem Christentum heiligen Stätten versprach: „Wir werden eine Ehrenwache um die heiligen Stätten bilden“. Herzls Vermächtnis verpflichtet uns – als Juden, als Zionisten und als Israelis –, entschieden gegen kriminelle und beleidigende Handlungen gegenüber anderen Religionen zu protestieren. Ich verurteile auf das Schärfste die Gewalt in all ihren Formen, die von einer kleinen und extremen Gruppe gegen die heiligen Stätten des christlichen Glaubens und gegen christliche Geistliche in Israel im Allgemeinen und in Jerusalem im Besonderen ausgeübt wird. Dazu gehören Spucken und die Schändung von Gräbern und Kirchen. Ein schwerwiegendes Phänomen, das insbesondere in den letzten Wochen und Monaten aufgetreten ist. Der Staat Israel ist entschlossen, diesem Phänomen ein Ende zu setzen. Auch ich arbeite – und werde dies auch weiterhin tun – mit aller Kraft daran, gemeinsam mit den Strafverfolgungsbehörden und anderen Stellen Anstrengungen zu unternehmen, um dieser beunruhigenden Realität ein Ende zu setzen, die ein perverses Übel und eine absolute Schande für uns als Gesellschaft und als Land darstellt. Gleichzeitig – und aus genau denselben Gründen – war ich entsetzt, als ich die jüngsten Nachrichten aus Schweden über die Schändung eines Korans hörte, der den Gläubigen des Islam heilig ist. Man kann und darf angesichts dessen nicht schweigen. Ich verurteile diesen schändlichen Akt gegenüber dem, was unseren Brüdern und Schwestern –

den Söhnen Abrahams, die an Gott glauben – heilig ist, auf das Schärfste. Diese Taten stehen in diametralem Gegensatz zu allen Werten der Partnerschaft zwischen den Religionen, nach denen wir uns als Volk und als Land sehnen, und wir alle müssen uns dagegen wehren, wo immer es dazu kommen sollte. Liebe Freundinnen und Freunde, die wichtigen Prinzipien, die Herzl niedergelegt und skizziert hat – die Prinzipien des Konsenses, der Partnerschaft und der Einheit, die Prinzipien des Respekts vor dem Anderen, vor jedem Glauben und jeder Lebensform – sollten uns eine Richtschnur sein. Wir alle brauchen sie, unser Volk und unser Land brauchen sie, und das heute mehr denn je.“ (kna öki 11.07.2023)

- **Neuer Konflikt um christliche Symbole an der Klagemauer.** In der sensiblen Jerusalemer Religionslandschaft hat am 19. Juli ein Video für Aufregung gesorgt, das ein „Spiegel“-Journalist auf Twitter teilte. Der Inhalt: Nikodemus Schnabel, Abt der deutschsprachigen Benediktiner auf dem Jerusalemer Zionsberg, wird von einer Mitarbeiterin der für die Klagemauer zuständigen Western Wall Heritage Foundation aufgefordert, sein Brustkreuz zu verdecken. Es sei „wirklich groß und unangemessen für diesen Ort“, sagt sie und beruft sich auf neue Regelungen für die jüdische Stätte. Berichtigter Hinweis oder Beleg für zunehmende antichristliche Tendenzen in der Stadt? Die Sache sei banaler und damit skandalöser, als sie bei einigen angekommen sei, meint Schnabel. Gegenüber der KNA schildert er das Geschehene aus seiner Sicht. Er habe Bettina Stark-Watzinger (FDP), Bundesministerin für Bildung und Forschung, am frühen Morgen durch die Altstadt geführt. Die letzten Meter sei die Gruppe „in keiner Weise provokativ“ und etlicher Entfernung zur Klagemauer über den Vorplatz gegangen. Dort sei es zu besagter Aufforderung gekommen. „Der Platz vor der Klagemauer ist ein öffentlicher Platz und kein Sakralraum, was sich auch daran ablesen lässt, dass Männer dort keine Kippa tragen müssen. Das ist so, als würde jemand auf der Kölner Domplatte Passanten wegen ungebührlicher Kleidung ermahnen“, erläutert Schnabel. Er glaube an Werte wie Respekt und Koexistenz, betont der Benediktiner, doch genau diese Werte sieht er durch sein Verhalten nicht beeinträchtigt. Ein Besuch an der Klagemauer oder ein Gebet an dieser Stelle, „was ich als Abt sowieso nicht machen würde“, seien nicht geplant gewesen. Empört fährt Schnabel fort: „Darf ich nicht einmal mehr in meinem Abtgewand durch den öffentlichen Raum gehen?“ Die Ministerin als Augenzeugin bezeichnete den Zwischenfall auf Anfrage der KNA als „befremdlich“, verwies aber auf eine Entschuldigung der Western Wall Heritage Foundation. „Wir entschuldigen uns für die entstandenen Unannehmlichkeiten. Die Klagemauer ist für alle offen“, heißt es in einer Stellungnahme der Organisation. Die „höfliche“ Anfrage der Platzanweiserin sei „aus Respekt vor dem Besucher und der Stätte“ erfolgt. Die Entscheidung des Abtes, sein Kreuz nicht abzudecken, sei respektiert worden. Vorschriften in Sachen Kreuze auf dem Areal der Klagemauer, erklärte das Büro des Klagemauerrabbiners Schmuël Rabinowitsch, gebe es nicht. In der Vergangenheit äußerte sich Rabinowitsch jedoch eindeutig: Nicht nur Päpste, Bischöfe oder Äbte sollten ihre Kreuze von der westlichen Umfassungsmauer des zweiten jüdischen Tempels fernhalten, sondern auch sichtbare Kreuzanhänger gewöhnlicher Pilger seien unerwünscht. 2009 regte er an, Papst Benedikt XVI. möge bei seinem Besuch ohne Brustkreuz an die Stelle herantreten, worauf der damalige Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Stephan J. Kramer, dem Rabbiner vorwarf, sein religiöses Amt für Intoleranz zu missbrauchen. Schnabel äußert nun viel Verständnis für die Sensibilität des Ortes. Im öffentlichen Raum für seine christliche Arbeitskleidung angefeindet zu werden, sei jedoch „indiskutabel“. Das jüdische Viertel dürfe nicht zu einer No-go-Area für Christen werden. Leider gebe die gegenwärtige Regierung derartigen Richtungen Rückendeckungen, beklagt der Ordensmann, der als kritischer Beobachter und Betroffener zunehmender radikal-jüdischer, antichristlicher Tendenzen bekannt ist. Und einige Extremisten seien der Ansicht, dass „ganz Jerusalem heilig ist und es in der Stadt keinen Platz für Kirchen gibt“. (kna öki 25.07.2023)

3. Personen

- **Igor Levit (36), aus Gorki stammender Pianist, erhält die Buber-Rosenzweig-Medaille 2024.** Die christlich-jüdische Auszeichnung würdigt Levits Einsatz „gegen jede Form der Menschenfeindlichkeit, seien es Antisemitismus, Rassismus oder andere Formen der Diskriminierung und für eine freie, demokratische und vielfältige Gesellschaft“, wie der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit mitteilte. Er sei ein Ausnahmekünstler, der sich nicht einschüchtern lasse und die Würde und Freiheit jedes Einzelnen in den Mittelpunkt stelle. Levit wurde 1987 in der Sowjetunion geboren. Als er acht war, siedelte seine jüdische Familie nach Hannover über. Der Pianist gibt

weltweit Konzerte und ist seit 2019 Professor für Klavier an der Musikhochschule Hannover. Die Auszeichnung wird am 3. März in Mainz zur Eröffnung der „Woche der Brüderlichkeit“ übergeben. Die Festrede hält die Antisemitismusbeauftragte der Europäischen Kommission, Katharina von Schnurbein. (kna öki 13.06.2023)

- **Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland**, hat das Ehrenbürgerrecht der Stadt Würzburg erhalten. Oberbürgermeister Christian Schuchardt (CDU) bezeichnete Schuster beim Festakt als „Glücksfall für unsere Stadt und unser Land“. 2014 wurde er Zentralratspräsident und zugleich Vizepräsident des World Jewish Congress. (kna öki 04.07.2023)
- **Elisa Klapheck ist neue Vorsitzende der Allgemeinen Rabbinerkonferenz**. Als erste Frau wurde sie am 28. Juni in das Amt gewählt. Erster Stellvertreter ist der Berliner Rabbiner Andreas Nachama, der bisher Vorsitzender des Gremiums war. Zum zweiten Stellvertreter wurde Rabbiner Nils Ederberg gewählt, der für das Militärrabbinat in Hamburg tätig ist. In der ARK als Gremium des Zentralrats der Juden in Deutschland sind Rabbinerinnen und Rabbiner aus nicht-orthodoxen Strömungen organisiert. Klapheck, Jahrgang 1962, ist Rabbinerin des Egalitären Minjan in der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt. Dabei handelt es sich um eine Synagogengemeinschaft mit etwa 150 Anhängern. (kna öki 04.07.2023)

4. Bücher

- **Israelfeindliche Proteste und Angriffe von Muslimen auf Juden haben in den vergangenen Jahren zugenommen**. Kritiker werfen der deutschen Politik vor, das Problem zu tabuisieren. Dabei werde die Gefahr mit der Migration aus Nahost und Nordafrika nicht kleiner. Der Islamwissenschaftler Abdel-Hakim Ourghi geht den Ursachen für muslimischen Antisemitismus in einem neuen Buch nach. „Die Juden im Koran – Ein Zerrbild mit fatalen Folgen“ betont, dass der Hass weit über den Nahostkonflikt hinausgehe und religiöse Wurzeln in der Frühzeit des Islam hat. Er selbst sei mit 23 Jahren als „indoktriniertes Antisemit“ aus Algerien nach Deutschland gekommen, bekennt der Freiburger Religionspädagoge. Bewusst spricht er von einem islamischen, nicht islamistischen Antisemitismus, denn Judenfeindlichkeit gehöre zu den gängigen Inhalten muslimischer Kindererziehung und Sozialisation. Das liegt laut Ourghi vor allem an entsprechenden Aussagen in den kanonischen Schriften des Islam, angefangen mit dem Koran selbst. Tatsächlich spiegeln dessen Suren die Geschichte einer verhängnisvollen Eskalation. Zur Zeit Mohammeds leben viele jüdische Sippen auf der Arabischen Halbinsel, drei davon in Medina, wo der Religionsstifter nach seiner Flucht aus Mekka im Jahr 622 ein islamisches Staatswesen gründet. Vergeblich hofft er, die Juden würden den Islam annehmen und ihn als Propheten anerkennen. Schließlich knüpft sein strenger Monotheismus in vielem an die Thora an; selbst die Gebetsrichtung der Muslime weist zunächst nach Jerusalem. Doch die Juden bleiben ihrer Religion treu. „Du wirst sicher finden, dass diejenigen Menschen, die sich den Gläubigen gegenüber am meisten feindlich zeigen, die Juden und die Heiden sind“, verkündet Allah seinem Gesandten in Sure 5. Vorwürfe und Schmähungen gegen die Juden nehmen nun im Koran zu. Sie hätten Gottes Wort in der Thora verfälscht, heißt es, und überträten seine Gebote, etwa durch verbotene Zinsnahme. Einige habe Allah dafür in Affen und Schweine verwandelt – bis heute ein unter radikalen Muslimen beliebtes Bild. Juden, aber auch Christen sollten sich die Muslime nicht zu Freunden nehmen, fordert das Heilige Buch. „In diesem Sündenkatolog werden die Juden zum ewigen, historischen Widersacher des Islam“, schreibt Ourghi. Am Ende lässt Mohammed zwei jüdische Stämme aus Medina vertreiben, den dritten umbringen bzw. versklaven, weil er angeblich gemeinsame Sache mit den Mekkanern gemacht habe. Für Ourghi der Beginn einer „Geschichte der Gewalt“, die den Umgang von Muslimen mit Juden bis in die Gegenwart prägt. Zumal auch die Erzählungen aus dem Leben des Propheten, die Hadithe, voll seien von antijüdischen Aussagen. Diskriminierung und Pogrome durch die Jahrhunderte sind für den Autor die naheliegende Folge. Nicht einmal den Mythos vom toleranten Zusammenleben der Religionen im mittelalterlichen Andalusien hält er für authentisch. Ourghi wirft ein Schlaglicht auf die Tatsache, dass Judenfeindlichkeit – durch das überlieferte Vorbild des Propheten selbst – im konservativen Mehrheitsislam weit verbreitet ist und von bekannten Gelehrten gepredigt wird. „Möge Allah die verfluchten Juden erniedrigen und zerstören!“ – dieses Bittgebet wird bis heute in den Moscheen arabischer Staaten wiederholt. Auf historische Beispiele für ein fruchtbares und tolerantes Zusammenleben von Juden und Muslimen, die es von Andalusien bis ins Osmanische Reich ja durchaus gab, verzichtet Ourghi fast ganz. Für ihn ändern sie nichts am Gesamtbild. Der israelisch-arabische Konflikt fungiere darin nur als

„Brandbeschleuniger“. Vor allem säkulare Muslime sehen es genau umgekehrt: Israels Besatzung und ungebremste Siedlungspolitik sind für sie die offene Wunde, die die alten religiösen Vorurteile befeuert und den Islamisten in die Hände spielt. Aber gerade progressive Muslime werden Ourghis zentraler Forderung zustimmen, dass der traditionelle Islam dringend eine historisch-kritische Analyse seiner kanonischen Quellen braucht, die Mohammed als Menschen seiner Zeit interpretiert. Nicht nur, um mittelalterliche Ressentiments gegen Andersgläubige zu überwinden, sondern um die eigenen Gesellschaften von religiösen Fesseln zu befreien. Anders wird die islamische Welt ihre tiefe sozioökonomische Krise nicht überwinden. **Abdel-Hakim Ourghi, Die Juden im Koran. Ein Zerrbild mit fatalen Folgen, 261 Seiten, Claudius Verlag, München 2023, 26 Euro.** (kna öki 23.05.2023)

- **Michael Wolffsohn zu 75 Jahre Israel und Jüdisch-Christlichem Dialog.** „Ein Sohn soll nicht an der Schuld des Vaters mittragen und ein Vater soll nicht an der Schuld des Sohnes mittragen“, heißt es im Buch des Propheten Ezechiel, 18, 20. Und wenn sich der Schuldige von seinen Sünden abwendet, sollen diese ihm nicht mehr angerechnet werden (vgl. ebenda 18, 21). Auch Deuteronomium 24, 16 verweist auf die Eigenverantwortung, und die im Dekalog besagte Ahndung der Schuld der Väter durch mehrere Generationen wird im Talmud nur für den Fall der Wiederholung einer Straftat gedeutet. Der Historiker Michael Wolffsohn stimmt in der überarbeiteten Fassung seines Standartwerks „Ewige Schuld? 75 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen“ zu, dass auch diese biblischen Überlegungen David Ben-Gurion, Gründungsvater und erster Ministerpräsident des Staates Israel, dazu bewogen hatten, Deutschland nach dem Holocaust die Hand zu reichen. Der Autor würdigt ebenfalls die moralische Ernsthaftigkeit Konrad Adenauers, den Überlebenden des Holocaust materielle Entschädigung zu gewähren.

Bei den Wiedergutmachung-Verhandlungen mit Israel hatte sich der erste Bundeskanzler auch gegen die ablehnende Haltung der USA-Regierung durchgesetzt, die die Wiederbewaffnung Westdeutschlands als Bollwerk gegen die Sowjetmacht einer Entschädigung der Naziopfer vorzog. Doch die Stärke des Historikers Michael Wolffsohn ist sein realistischer Blick, ethische Vorhaben mit den pragmatischen Interessen der jeweiligen Staatsräson abzuwiegen. Der junge jüdische Staat benötigte, um die Einwanderungsströme zu bewältigen, wirtschaftliche Unterstützung, und die junge deutsche Bundesrepublik ihre Rehabilitierung vor der Weltöffentlichkeit. Das deutsch-jüdische / israelische Verhältnis unterlag auch stets dem politischen Spagat zwischen der Vergangenheitsbewältigung und den deutschen Interessen in der islamischen Welt, auch wenn Angela Merkel vor dem israelischen Parlament (Knesset) am 18. Mai 2008 die historische Verantwortung Deutschlands Israel gegenüber zum deutschen Staatsräson erklärt hatte.

Hegel, der Begründer einer Philosophie der Geschichte, hebt die Bedeutung des „historischen Moments“ hervor. In seinem nach zwei vorherigen Auflagen (1988 und 1993) 2023 neu herausgegebenen Buch kommentiert Wolffsohn mit blau markierten Absätzen die bereits behandelten Themen aus dem „Geschichtsmoment“ der Gegenwart heraus, 35 Jahre nach der Erstveröffentlichung. Es gäbe weder eine „ewige“ noch „vererbte“ Schuld. Vererbt seien jedoch die noch immer vorhandenen antijüdischen Vorurteile.

Man kann zu Wolffsohns These noch hinzufügen, dass sich diese jüdischen Negativbilder – um es mit der Psychoanalyse von C.G. Jung zu deuten - als Archetypen im Kollektiv-Unbewussten verankert hatten, nicht nur in Deutschland. „Reich wie der Jude“ ist auch ein Stereotyp in den Romanen des großen russischen Schriftstellers Fjodor Dostojewski (1821-1888), obwohl im zaristischen Russland die meisten Juden unter der Armutsgrenze lebten. Wolffsohn würdigt den Kniefall des ersten SPD Bundeskanzlers Willy Brandt am 7. Dezember 1970 vor dem Mahnmahl des Aufstandes im Warschauer Ghetto (1943) als „tief bewegend“. Doch er weist auch darauf hin, dass Brandt, der vom norwegischen Exil aus den Nationalsozialismus bekämpft hatte, sich nicht vom Stereotyp des „jüdischen Kapitalisten“ distanzieren konnte. Den Autor ergänzend sei noch zu bemerken, dass ein Frühkapitalismus im späten Mittelalter in Norditalien entstanden war, durch die mächtigen katholischen Patrizierfamilien der Medicis und Sforzas, die großen Einfluss auch auf das Papsttum ausübten. Das Bankwesen in Deutschland wurde von dem in Venedig ausgebildeten Katholiken Jakob Fugger (1459 -1525) begründet und von dessen Dynastie weitergeführt sowie dominiert. Wolffsohn erklärt ferner, wie die antiisraelische Politik der Sowjetunion und dessen Satellit-Staaten nach dem israelisch-arabischen „Sechs-Tage-Krieg“ 1967 in Osteuropa alte antijüdische Ressentiments weckte. Diese althergebrachten Vorurteile mit Gegenwartsargumenten überbaut zogen weite Kreise auch bei den linksorientierten Parteien und Vereinen in

der Bundesrepublik Deutschland. Das jüdische Feindbild und dessen verheerenden Auswirkungen erörtert knapp der in Berlin lebende palästinensische Psychoanalytiker Ahmad Mansour in seinem einleitenden Essay zum vorliegenden Buch.

Michael Wolffsohn belegt seine Thesen aufgrund eines reichen Materials durch Fakten. Er räumt mit dem Fehlurteil auf, „Ohne Hitler kein Israel“, das den Naziverbrechen einen „positiven“ Beigeschmack verleiht. Der politische Zionismus hätte auch ohne den Völkermord zur jüdischen Staatsgründung geführt. Der Holocaust habe den Vorgang nur beschleunigt. Der Autor erklärt auch die politische Instrumentalisierung der Naziideologie durch islamistische Fundamentalisten. Die Einwanderungswellen aus den arabischen Kriegsregionen seien Messer mit zwei Schneiden. Es bestehe eine menschliche Not, der man die humanitäre Hilfe nicht versagen kann. Doch unter den Geflüchteten gäbe es auch Träger des Judenhasses bis hin zur Gefahr von Terrorhandlungen.

Die Verunglimpfung der Juden als „Christusmörder“ hatte zu grausamen Judenverfolgungen durch die Jahrhunderte geführt. Doch Wolffsohn unterscheidet nicht klar zwischen Antijudaismus und Antisemitismus. Martin Luther betonte in seiner Frühschrift, „dass Jesus Christus ein geborener Jude sey“. Nachdem seine Missionsversuche scheiterten, wandte sich der alte Reformator vehement gegen die Juden und verlangte sogar das Niederbrennen der Synagogen. Doch der gleiche Luther sagte auch, dass ein Jude der zum Christentum konvertiert, sei „als gleichberechtigtes Gemeindemitglied und als Bruder zu behandeln“. Obwohl nur auf die Religion bezogen, hatte der tief in den Gemütern verankerte christliche Antijudaismus den Nährboden für die Aufnahme des rassistischen Antisemitismus fruchtbar gemacht.

Mit Recht nennt Wolffsohn den Holocaust als ein unvergleichbares Verbrechen der Geschichte. Die Untaten der europäischen Kolonialmächte in der Dritten Welt waren grausam, doch sie richteten sich aller erst auf die Unterjochung und Ausbeutung der indigenen Völker und nicht auf deren totales Auslöschen. Schalom Ben-Chorin bezeichnet die Erschaffung des Menschen als Abbild Gottes (vgl. Genesis, 1, 27) als die Grundessenz der Bibel. Dieser Grundsatz wurde sehr oft missachtet und grob übertreten, aber er blieb in den Hinterköpfen doch präsent... Die europäischen Großmächte benötigten eine säkulare „Rechtfertigung“ ihrer Kolonialverbrechen. Deshalb wurde im 19. Jahrhundert eine Theorie ausgedacht, die die Menschheit in „Ober“- und „Unterrassen“ gliederte. Erst mit so einer pseudowissenschaftlich untermauerten Rassenideologie – auf die Juden übertragen - konnten die Nazis den ganzen Ausmaß ihrer industriell durchgeführten Vernichtung vollziehen.

Der Holocaust ließ die Kirchen sich auf den Grundpfeiler der biblischen Ethik rückzubedenken, der einem jeden Menschen die Würde zuweist, ein nach Gottes Bild erschaffenes Wesen zu sein, als gemeinsames Gut von Juden und Christen. Es kam zu einer Vorurteil freieren Neuwertung der jüdischen Mutterreligion. Das Zweite Vatikanische Konzil mit der Erklärung „Nostra Aetate“ brachte eine „Wende von 180 Grad“ (Ben-Chorin), und die Kirchen der Reformation verfassten ähnliche Statements. Michael Wolffsohn betont den guten Willen der Christen im Dialog mit den jüdischen Partnern, doch ihnen fehle es noch immer ein ausreichendes Wissen über das Judentum, sogar bei studierten Theologen.

Michael Wolffsohn, Ewige Schuld? – 75 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen. Langen Müller Verlag, München 2023. 365 Seiten, 24 Euro, ISBN: 9783784436517.
(kna öki 04.07.2023)